

Arbeiter-Stimme

ORGAN FÜR DIE WERKTATIGEN ÖSTERREICHS

1. Jahrgang

Wien, März 1927

Nr. 2

Kriegsgefahr, Fascismus, Arbeitslosigkeit!

Die kapitalistischen Räuber zittern! Vierhundert Millionen Menschen in Aufruhr. Jeder Sieg der Revolution in China treibt zur Revolution in Indien, Aegypten, Europa.

England fühlt sich am meisten bedroht. Indien grenzt an China, englische Ausbeuter beherrschen Chinas Schifffahrt. Schon sind englische Truppen in Shanghai gelandet.

Wo auf der Welt es unterdrückte Völker gibt, ist ihnen Stütze, Hilfe der erste proletarische Staat, der Hort der proletarischen Revolution, SOWJETRUSSLAND. Um die Revolution in China niederzuwerfen, müssen die englischen Imperialisten alles daran setzen Chinas einzige große Stütze zu brechen, Sowjetrußland.

Mit Englands Hilfe wurde die fascistische Diktatur in Polen, Lithauen errichtet, wird sie demnächst in Lettland errichtet werden. In dem Ring, den England um Sowjetrußland legt, wird fieberhaft gerüstet, mobilisiert. Die Eröffnung des Feuers der englischen Geschütze in Shanghai gegen die Kantonarmee wird den Soldknechten Englands im Westen Signal sein zum Kriegszug auf Sowjetrußland.

Auf diesen Augenblick lauern Habsburg, Horthy und die österreichischen Fascisten. Jugoslawien ist schon heute bedroht und in Schach gehalten durch Mussolini, Horthys Bundesgenossen. Die tschechische Bourgeoisie aber wird mit ihren Truppen auf die rote Armee starren, die sich zum Schutze Sowjetrußlands in Marsch setzen wird.

Das ist der Augenblick, wo Horthy in Ungarn die Habsburger auf den Thron setzen und sich mit seinen weißen Truppen auf Oesterreich werfen will, um im Bunde mit den österreichischen Fascisten uns niederzuwerfen und die Habsburger auch in Wien auf den Thron zu setzen.

Wer wird uns gegen Horthy-Habsburg, gegen die österreichischen Fascisten schützen? Niemand, wenn wir selbst uns nicht schützen! Denkt an Birnecker, Still, Kowarik, Müller! Denkt an Schattendorf! Woher nehmen Frontkämpfer, Hakenkreuzler den Mut, wehrlose Arbeiter niederzuknallen? Woher nimmt die österreichische Bourgeoisie den Mut, ihre Offensive

gegen die Arbeiterschaft immer weiter vorwärtszutreiben? Weil die Arbeiterschaft durch eine Kluft gespalten ist: da 300.000 Arbeitslose, die zwischen Verrecken und Selbstmord verzweifeln — dort die 900.000 Betriebsarbeiter, die halbverhungert zittern, in das Heer der Selbstmordkandidaten zu fallen. Die Massenarbeitslosigkeit ist es, die die Arbeiterklasse lähmt, sie ist der Boden, auf dem die Kapitalistenklasse ihre Offensive immer frecher vorwärtsreibt.

Der Krieg steht vor der Tür, der Krieg gegen das rote China, der Krieg gegen Sowjetrußland, der Krieg Horthys und seiner österreichischen Fascisten gegen uns.

Der einzige Helfer, den wir haben, Sowjetrußland, durch Krieg bedroht. Wir selbst durch Krieg bedroht. Niemand wird uns helfen, wenn wir selbst uns nicht helfen. Wir schützen uns, wir schützen Sowjetrußland, wenn wir den Kampf führen gegen die Feinde im eigenen Land.

Nieder mit dem Fascismus! Bewaffnung des Schutzbundes! Waffen in die Hände der Arbeiter!

Der größte Feind der österreichischen Arbeiterklasse ist heute die Arbeitslosigkeit. Die Kluft zwischen Arbeitslosen und Betriebsarbeitern muß geschlossen werden. Das ist heute der wichtigste Schlachtruf: Kampf der Arbeitslosigkeit!

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, das ist heute Kampf um höhere Löhne, Kampf für den Mieterschutz, Kampf für eine wirkliche Alters- und Invaliditätsversicherung, Kampf gegen die Zölle, Kampf für die Invaliden usw. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit heißt die Lähmung der proletarischen Kampfkraft beheben, heißt die gesamte Arbeiterschaft fähiger machen zum Kampf um alle ihre Tagesforderungen. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit heißt heute in Oesterreich Kampf gegen Fascismus, gegen Horthy-Habsburg, gegen Kriegsgefahr!

Gegen jeden Angriff der Bourgeoisie müssen wir uns zur Wehr setzen. Aber unsere Hauptkraft müssen wir heute richten gegen die Massenarbeitslosigkeit, weil sie es ist, mit der uns Proletarier die Kapitalistenklasse lähmt und niederhält.

Das sind die Hauptlosungen der Stunde:

Kampf der Arbeitslosigkeit! Arbeit und Brot!

Bewaffnung des Schutzbundes!

Waffen in die Hände der Arbeiter!

Der „friedliche“ amerikanische Imperialismus.

Während die Augen der ganzen Welt auf Shanghai gerichtet sind und den gigantischen Freiheitskampf der chinesischen Volksrevolution mit den britischen Eroberern verfolgen — benützen die Vereinigten Staaten die Gelegenheit, um sich durch einen frechen militärischen Handstreich der kleinen, strategisch aber überaus wichtigen Republik Nikaragua zu bemächtigen. Zuerst versuchte es Amerika indirekt, indem es einfach seinen Strohmann, den General Diaz unterstützte. Als trotz dieser finanziellen und militärischen Unterstützung Diaz unterlag, landeten die Vereinigten Staaten kurzerhand 4000 Marinesoldaten und besetzten einfach die entscheidenden Punkte des Landes.

Dieser freche, imperialistische Handstreich verdient besondere Aufmerksamkeit, weil es im allgemeinen Amerika vorzieht, durch überaus geschicktes Lavieren, meist in der Rolle des neutralen Vermittlers, seine Interessen mittels seiner kolossalen wirtschaftlichen Uebermacht durchzudrücken. So spielt heute Amerika den wohlwollenden Neutralen in China, in der stillen Hoffnung, daß die Vertreibung der Engländer die Positionen des amerikanischen Handels verbessern wird, der das Land durch wirtschaftliche Mittel in das Einflußgebiet Amerikas zwingen will.

Nikaragua aber zeigt mit dieser Aktion das wahre, brutale, imperialistische Antlitz der Vereinigten Staaten.

Die christlichsoziale Hetze gegen das Rathaus!

Das rote und das schwarze Wien.

Herr Kunschak gibt den Takt an! Die Judenpresse sekundiert! Der Heimwehr-Hauptling Steidle hält Manöver ab! Der ganze reaktionäre Hexenkessel brodelte. — Und während oben sich die geifernde, verzerrte Fratze der reaktionären Bourgeoisie präsentiert, wird unten die Daumschraube fester angezogen! Neue Zölle auf Brot und Fleisch! Was liegt dem Seipel daran, daß das Brot der Aermsten um 15 Groschen verteuert wird, was liegt daran, daß Hunderttausende Arbeitslose, die sich heute für ihre Unterstützung kaum 20 Laib Brot kaufen können, nach der Verteuerung nur mehr 15 Laib werden kaufen können!

Was liegt schließlich daran, daß die Arbeitslosigkeit weiter wächst, täglich um 600 zunimmt? Zermürbte, verzweifelte Arbeitslose, die braucht ja die Bourgeoisie, die lassen sich ja in ihrer grenzenlosen Not vielleicht zu allem mißbrauchen! Heute zu Lohn-drückern, morgen zu Streikbrechern und übermorgen? Die Heimwehren des Herrn Steidle, die Frontkämpfer des Herrn Hilll rasseln ungeduldig mit dem Säbel!

Das ist das Fundament, auf dem die frachgewordene Bourgeoisie ihre neue wirtschaftliche, politische und kulturelle Offensive aufbaut!

Sie hat zum Sturmangriff geblasen! Ihr erster Angriff — das »rote« Wien! Weg mit dem Breitner-Bolschewismus johlen die Kunschak-Spießer! Weg mit dem Steuer-Sadismus, ehot es von den Judenbanken und aus den Spalten der Kirchen- und Börseprese!

Warum rüstet die Reaktion zum Kreuzzug gegen das Rathaus? Wirklich wegen der Wiener Steuer-gesetze?

Nur einen Narren oder Besitzenden, niemals aber einen arbeitenden Menschen in Wien, wird man mit den Argumenten eines Kunschak oder Rummelhardt überzeugen können! Die Steuerpolitik der Gemeinde ist himmelweit entfernt von einer wirklich sozialistischen Steuerpolitik! Sie ist durchaus kleinbürgerlich-radikal und bewegt sich auf einer mittleren Linie, ohne das Kapital wirklich zu belasten, ohne aber auch die Klasseninteressen des Proletariates tatkräftig zu vertreten! Die Bourgeoisie, die ohne Wimperzucken zugesehen hat, wie die Regierung an die Zentralbank, an Bosel und Sieghardt Billionen verschenkt hat, Summen, die ausreichen würden, um 100.000 Arbeitslose sofort zu beschäftigen und für Jahre zu beschäftigen — dieser Bourgeoisie steht die Heuchelei über den »Steueradismus« der Gemeinde Wien nicht gut!

Es geht nicht gegen den Breitner, es geht nicht gegen die kleinbürgerlich-radikale Verwaltungspolitik der Gemeinde Wien! Es geht gegen die Arbeiterschaft als Klasse! Und nur gegen sie!

Die Arbeiterschaft von Wien — sie könnte der Herr in dieser Stadt sein. Sie hat diese Stadt noch nicht erobert — aber sie hat sie den Händen der Reaktion entrissen und sie in die Hände der Sozialdemokratie, einer kleinbürgerlichen Reformpartei, gelegt! Proletarisch sind die Massen, die hinter dem Rathaus stehen! Und es ist der Wille der Massen, nicht auf dem Mittelweg, den die Sozialdemokratie eingeschlagen hat, stehen zu bleiben. Hinter den kleinbürgerlichen Reformen der Sozialdemokratie erheben sich die gewaltigen Arbeitermassen, gewillt, ihre Macht wirklich auszuüben, wirklich ein rotes Rathaus im roten Wien zu errichten!

Das ist es, was die Bourgeoisie mit tödtlicher Angst und ohnmächtiger Wut erfüllt. Daß die Massen bei dem Erreichten nicht stehen bleiben, sondern daran erst ankämpfen um ihre wirkliche Klassenherrschaft zu errichten.

So wie die Arbeiterschaft in der bürgerlichen Republik nichts anderes erblickt, als den günstigsten Boden zur letzten Entscheidungsschlacht, so wie die Arbeiterschaft diese — selbst diese — Republik verteidigen und gegen die Aufrichtung einer Monarchie oder fascistischen Diktatur schützen muß — ebenso klar muß sie sich als Klasse, ohne Unterschied der Partei darüber sein, wem der Angriff gegen das Rathaus gilt....

Wir haben angekämpft und werden stets mit aller Schärfe ankämpfen gegen die gefährliche Illusion in der Arbeiterschaft, die gerade durch die schamlose Hetze der Bourgeoisie verstärkt wird, als ob die Sozialdemokratie sozialistische Politik in Wien betreiben würde. Wir haben mit aller Schärfe unseren revolutionären Standpunkt in unserer ersten Nummer klargestellt und den Weg gewiesen, den die Arbeiterklasse gehen muß. Der Kampf aber um eine wirkliche proletarische Interessenvertretung im Rathaus wird nur innerhalb des Proletariates ausgefochten. Gegenüber dem Generalangriff der Bourgeoisie steht das gesamte Proletariat in einer Front.

Die Erkenntnis, daß die Angriffskraft der Bourgeoisie gerade durch die Politik des »Mittelweges« und des schrittweisen Rückzuges der Sozialdemokratie gefördert wurde, dümmert heute in vielen tausenden Proletarierhirnen! Das merkt selbst die Bourgeoisie und versucht diese Gärung in konterrevolutionäre Kanäle abzuleiten, indem sie Zeitungen, wie das »Tribunal« schafft, die denklaren Zweck haben, durch niedrigste Demagogie und schamlose Verleumdungen gerade die Gärung der Massen, ihre Unzufriedenheit mit der Sozialdemokratie für konterrevolutionäre Ziele auszubeuten. Das schwarze Wien, das Wien der Banken, der Schlotbarone und Bischöfe rüstet zum Kreuzzug! Das rote Wien, das Wien des klassenbewußten Proletariates muß auf der Hut sein.

Jeden Tag fliegen 600 Arbeiter aufs Pflaster!

Die Arbeitslosigkeit steigt immer weiter:

Die Zahl der Arbeitslosen wächst ununterbrochen weiter! Am 15. Februar betrug die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im Spröngel der I. B. K.:

Wien	101.529
Wien-Umgebung	14.715
Wiener-Neustadt	23.377
St. Pölten	12.863
Gmünd	3.615
Sauerbrunn	7.253
Linz	29.442
Salzburg	5.032
Graz	25.184
Klagenfurt	8.553
Innsbruck	7.157
Regenz	2.896

Summe 241.617

Angesichts einer solchen Arbeitslosigkeit wagt es die Seipelregierung, durch eine planmäßig geförderte Teuerung die Arbeitslosigkeit zu vergrößern! Die herrschende Arbeitslosigkeit ist in der gegenwärtigen Situation das entscheidendste Problem der Gesamtarbeiterschaft! Während aber die Seipelregierung es wagt, die Arbeiterschaft grausam zu verhöhnen und als Antwort auf all' das Elend mit ihrem mörderischen Zoll-Attentat kommt, — das eine weitere Stilllegung der Produktion zur Folge hätte — verharren die Organisationen der Arbeiterklasse, Gewerkschaften und die große Sozialdemokratie weiter in ihrer Passivität!

Weg mit der Warenumsatzsteuer!

Wenn der Prolet zur Welt kommt — das erste, was ihm zum Staatsbürger macht, ist nicht der Taufschein — nein, es ist die Warenumsatzsteuer, die für die Entbindung zu zahlen ist.

Von dem Moment der Geburt bis zum Tod, alles was er zu sich nimmt, von der Speise bis zur Medizin, alles was ihn kleidet, für alles wird Warenumsatzsteuer gezahlt.

Und wenn er schließlich gestorben ist — die letzte Sterbevisite des Arztes, der Sarg, das Begräbnis, alles unterliegt der — Warenumsatzsteuer!

Ein Schutzengel, nein ein Würgeengel, der ihn nie verläßt — das ist diese brutalste, schamloseste und gewaltigste Steuer, die die Seipelregierung auf die Ungeborenen, auf die Lebenden und auf die Toten legt.

Seipel organisiert die Hungerblockade.

Das Brot soll um 15 Groschen, das Kilo Fleisch um 50 Groschen verteuert werden!

Die österreichische Regierung, diese österreichische Agentur des Herrn Horthy, geht dazu über, der werktätigen Bevölkerung einen neuen Schlag zu versetzen! Um den Agrariern einen Liebesdienst zu erweisen, soll der Mehlszoll von 1.7 Goldkronen auf 12 Goldkronen, der Zoll auf Fleisch von 6 auf 36 Goldkronen erhöht werden! Das wagt die Seipelregierung den arbeitenden Massen zu bieten!

Täglich werden in Wien mehr als 600.000 Laib Brot konsumiert, täglich will Seipel von den Arbeitern und Arbeitslosen 900 Millionen Kronen erpressen und sie den Agrariern geben! Der neue Zoll auf Mehl würde der arbeitende Bevölkerung Wiens im Jahre 32 Millionen Schillinge beim Brot und 10 Millionen Schillinge beim Kochverbrauch an Mehl kosten, das sind 420 und schreibe 420 Milliarden Kronen (42 Millionen Schillinge). Die Erhöhung des Viehzolles würde die arbeitende Bevölkerung Wiens 18 Millionen Schillinge kosten.

Dazu kommt noch der übliche Zuschlag, den die Mehlhändler und Brotfabriken ihrerseits machen und den die Fleischhändler bereits konkret ankündigen.

Das Zoll-Attentat würde also insgesamt 60 Mill. Schillinge kosten, von denen weit mehr als die Hälfte Finanzzölle sind und der Rest würde nicht den notleidenden Kleinbauern, sondern den Großagrariern, den Getreide-Spekulanten und Viehhändlern zufließen.

60 Millionen Schillinge, das ist soviel wie der Lohn von 25—30.000 Arbeiter für ein ganzes Jahr.

Kirchen-Kapital und Freidenkertum.

Als die Sozialdemokratie in ihrem Programm den Grundsatz aufstellte »Religion ist Privatsache« — da ging ein Sturm der Entrüstung über diesen platten Opportunismus durch die Reihen der Freidenker. Mit Recht wiesen die Freidenker in Wort und Schrift nach, daß die Erklärung der Religion als Privatsache für die Mitglieder einer sozialistischen Partei unmöglich sei. Nicht nur, daß dieser Grundsatz den Auffassungen Marxens, Engels, Lenins, ja selbst Bebels offen ins Gesicht schlägt. Vor allem aber ist der wissenschaftliche Sozialismus — und eine andere Form als die des wissenschaftlichen Sozialismus kann es nicht geben — gerade das Prinzip, das sich als Endprodukt der großen wissenschaftlich-philosophischen Revolution entwickelte, die mit der Loslösung von den Dogmen der Kirche begann und schließlich, nach der Erkenntnis des Gesetzmäßigen in der Natur zum Bewußtsein der Gesetze gelangte, die die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bestimmten. Mit wissenschaftlicher Bestimmtheit wurde der Sozialismus von Marx als der Erbe des Kapitalismus erkannt und damit von der Ebene der romantischen Träumerei in die Ebene der Wirklichkeit verlegt.

Religion und Wissenschaft sind unvereinbare Gegensätze, Wissenschaft und Sozialismus aber untrennbar verbunden — Religion und Sozialismus sind daher ebenso unvereinbar wie Wissenschaft und Religion.

Das haben unsere Genossen bei den Freidenkern klar erkannt.

Aber über Eines sind sich unsere Freidenker scheinbar nicht ganz klar.

Welche besonderen Umstände die Kirche in Oesterreich zu einer so entscheidenden politischen Macht verhelfen, daß ihr Wille in Oesterreich, nicht zuletzt in allen Kulturfragen, oberstes Gesetz ist.

Zweifellos kann und wird durch die Trennung von Kirche und Staat der Hauptpfeiler der Kirchenmacht gebrochen werden. Der Kampf darum aber ist keine Angelegenheit der parlamentarischen Kräftezusammensetzung. Wer glaubt, die Kirche wird sich kampflös einem eventuellen Gesetz unterwerfen, der kennt die Geschichte dieser gewaltig-

Was aber bedeutet eigentlich dieses Zoll-Attentat für die Arbeiterschaft? Nicht nur, daß dadurch allein der Realwert der Löhne um 10—20 Prozent gesenkt würde! Die Teuerung würde in noch stärkerem Maße wie bisher auch auf die anderen Bedarfsartikel übergreifen! Die sinkende Konsumkraft der breiten Massen würde zu einer weiteren Einschränkung der Produktion, zu weiteren Betriebsstillegungen führen, zu einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit. Die Folge der neuen Agrarzölle wäre schließlich die Erhöhung der Industriezölle seitens jener Länder (Ungarn, Jugoslawien), die für den Export der österreichischen Industrie in Betracht kommen. Die Folge davon — weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Der Raubzug der Seipelregierung, das bedeutet nicht nur 60 Millionen Schillinge für die Großagrariere und für den Finanzminister (welche Notleidende Bank wartet bereits auf staatliche Unterstützung?), das bedeutet nicht nur Verminderung des Realwertes der Löhne um 10—20 Prozent, der Arbeitslosenunterstützung gar um 20—40 Prozent, das bedeutet letzten Endes — neue Arbeitslosigkeit!

Die landarmen Bauern, die Keuschler, ihnen, die die große Masse der alpenländischen Dörfer bilden, wäre durch diese Zölle nicht geholfen. Wer ihnen helfen will, der muß ihnen den Grund und Boden geben, den sie brauchen, der muß ihnen das Betriebskapital borgen, daß sie brauchen, um solchen Boden zu bearbeiten. Dieser Boden aber, genug um allen Kleinbauern Oesterreichs zu helfen, befindet sich in den Händen der Kirche.

Keine Zölle, die nur im Interesse der Agrarier sind! Boden den Kleinbauern, das ist die Losung!

Die Enteignung der Kirchen-, Klöster- und Habsburgerbesitze — das ist der Weg!

sten machtgerigsten und despotischsten Gewalt der Geschichte nicht.

Wer die Macht der Kirche als Bollwerk der geistigen, kulturellen und politischen Reaktion brechen will, der muß die Kirche dort packen, wo sie sterblich ist, der muß den Kampf ökonomisch zuspitzen und die Kirche angreifen, wo die Säulen ihrer Macht ruhen, der muß den Kampf führen gegen die Kirche als den größten Grundherrn vor Oesterreich, als einer organisierten Großmacht auf dem Gebiete der Wirtschaft, die über mehr als eine Milliarde Goldkronen in Form von Wäldern, Aeckern, Wiesen, Fabriken, Juwelen usw. verfügt.

Die Enteignung dieser Schätze aber erschüttert nicht nur die Machtstellung der Kirchen von Grund aus, sie gibt dem arbeitenden Volk von Oesterreich auch die Möglichkeit mit diesen Werten seine Lage zu verbessern, insbesondere die Arbeitslosigkeit zu lindern.

Auch das mögen unsere Genossen bei den Freidenkern bedenken, denn sie stehen auf dem Boden des Klassenkampfes und wissen, so gut wie wir, daß der Kampf um die geistige Befreiung des Proletariats nur ein Teil des Kampfes des Proletariats um die Macht ist und daß es in diesem Kampf im gegenwärtigen Zeitpunkt vor allem notwendig ist, die Not der Arbeitenden und Arbeitslosen zu lindern, und das Proletariat vor dem physischen Zusammenbruch zu bewahren.

Oesterreich, der „arme“ Staat.

Kommen die Arbeiter und verlangen Lohnerhöhung, sagen ihnen die Unternehmer: »Ich arbeite rein umsonst, nur aus Menschlichkeit um Euch nicht brotlos zu machen und um die unerträglichen Steuern zu zahlen.«

Kommen die Arbeitslosen und verlangen eine kleine Erhöhung, sagen ihnen die Minister: »Der Staat ist arm, die Kassen sind leer.«

Kommen aber die Großbanken und zwinkern mit den Augen, dann — mit einem Male öffnen sich die Kassen und allmählich fließen ungefähr 1100 Milliarden in die Säcke der Banken. Ein verteuert christlicher Staat, unsere Republik! Sie wird nur nach dem Grundsatz regiert: »Wer da hat, dem wird gegeben.«

Alters- und Invaliditätsversicherung.

Genug der jahrzehntelangen Versprechungen.

Mehr als drei Jahrzehnte wird die Alters- und Invaliditätsversicherung versprochen, immer wieder beschäftigte sich das Parlament mit ihr — und niemals wurde sie verwirklicht.

Diesmal aber verkündet die Sozialdemokratie, diesmal soll sie wirklich geschaffen werden. Ist sie ja doch der Preis, den sich die Sozialdemokratie ausbedungen hat, als es nur durch ihr loyales Verhalten der Bourgeoisie möglich war, mitten in den Korruptionsskandalen der Arbeiterschaft die reaktionäre Seipelregierung aufzuzwingen.

In der Arbeiterschaft bestehen Illusionen darüber, was das Ergebnis der Verhandlungen der S P mit Seipel sein werde. Mit großen Gesten haben ja die sozialdemokratischen Führer verkündet: Entweder die Alters- und Invaliditätsversicherung bis 15. März — oder Auflösung des Parlamentes. Es wäre erstaunlich, wenn es zu keiner Einigung käme! Hat doch die Regierung fast alle wesentlichen Bestimmungen, mit Ausnahme vor allem der Altersgrenze (der sozialdemokratische Vorschlag forderte die Grenze von 60 Jahren) und des Termins der Inkraftsetzung des zu schaffenden Gesetzes, von dem sozialdemokratischen Vorschlag übernommen. Der Hauptkampf zwischen der Regierung und der S P geht vor allem darum, ob das zu schaffende Gesetz sofort oder erst in zehn Jahren in Kraft treten soll. Uns erscheint neben dieser wichtigen — die Sozialdemokratie bezeichnet sie als die entscheidende — Frage folgendes von ausschlaggebender Bedeutung, wenn man den Regierungsentwurf durchliest: Handelt es sich hier tatsächlich um eine Alters- und Invaliditätsversicherung oder um aufreizende Komödien, einen raffinierten Schwindel, dem man den populären Namen »Altersversicherung« gibt?

Schade, daß nicht alle Arbeiter den Gesetzesentwurf über die Alters- und Invalidenversicherung (Arbeiterversicherung) mit seinen 280 Paragraphen kennen, den die Regierung am 10. November 1925 dem Nationalrat vorgelegt hat. Gar bitter enttäuscht würden alle sehnsüchtig wartenden Proleten von der geplanten Altersversicherung sein. Nur ein geringer Prozentsatz Versicherter würde tatsächlich die Altersrente genießen und jene, die sie genießen, weniger als den Betrag der Arbeitslosenunterstützung bekommen.

Was bestimmt beispielsweise der § 98 dieser Regierungsvorlage:

» Der Anspruch auf Altersrente beginnt mit dem Tage nach Vollendung des 65. Lebensjahres, sofern die sonstigen Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt sind, anderenfalls mit der späteren Erfüllung dieser Voraussetzungen « (Wahrscheinlich erst nach dem Ableben. D. Red.).

Abgesehen von den sonstigen Voraussetzungen für den Anspruch auf die Altersrente, von welchen in diesem Entwurf die Rede ist, muß schon gesagt werden, es gehört wirklich eine Portion Schamlosigkeit

dazu, wie es der Regierungsentwurf ist, etwas derartiges als Altersversicherung zu bezeichnen und sich damit in die Öffentlichkeit zu wagen. Wieviele Arbeiter erreichen überhaupt bei den derzeitigen unerträglichen Verhältnissen das 65. Lebensjahr?

Von 1.150.000 in den verschiedensten Krankenkassen Versicherten erreichen jährlich 5750 das 65. Lebensjahr, während rund 37.500 Personen im Alter von 65 Jahren und darüber hinaus stehen und zu jener Gruppe zählen, die den Voraussetzungen im Regierungsentwurf des § 95, 1. Absatz (Beitragsleistungen betreffend) nicht entsprechen.

Dann gerade die, welche jahrzehntelang um die Altersversicherung kämpften, unterdessen alt und durch die rücksichtslose Auspressung ihrer Arbeitskraft arbeitsunfähig geworden sind, sollen leer ausgehen. Gerade bei den Uebergangsbestimmungen, die den jetzt schon alten Arbeitern, die keine Beiträge mehr an die Altersversicherung werden bezahlen können, die Altersrente sichern sollen tritt klar zutage, welcher ungeheure Schwindel sich hinter den Kulissen des Parlaments vorbereitet.

Für die einen, welche bereits das 65. Lebensjahr erreicht haben, kommt eine Altersrente nicht in Betracht, da sie die dazu erforderlichen 52 Wochenbeiträge bei Inkrafttreten des Gesetzes nicht geleistet haben und infolge ihres Alters nirgends Beschäftigung finden, um der Versicherungspflicht nachzukommen. Von den anderen, so rechnet Seipel ganz richtig, komme ohnedies nur ein Bruchteil in Betracht, welche dem Gesetze nach auf die Altersrente Anspruch hätten. Also dem Namen nach würde zwar eine Altersversicherung vorhanden sein, für die hunderttausenden Proleten aber, die fleißig Versicherungsbeiträge leisten könnten, wäre sie bloß ein Fetzen Papier.

Wer von der kargen Arbeitslosenunterstützung monatelang, ja vielleicht jahrelang, mit seiner Familie leben mußte, wird am richtigsten ermessen können, wie man erst mit einer Altersrente glänzend leben muß, die noch niedriger ist wie die Arbeitslosenunterstützung; mit einem Wort, wirklich eine famose »Altersversicherung«, die uns da ein Seipel präsentiert.

An der gesamten Arbeiterschaft liegt es nun, mit aller Kraft dieses Schwindel-Werk der christlichsozialen Regierung zu verhindern. Nicht die Vereinbarungen welche der Sozialdemokratische Abgeordnetenklub mit den Christlichsozialen im November über den Termin getroffen hat, sind für uns das Entscheidende, sondern ob dieses Gesetz welches geschaffen werden soll eine wirkliche Altersversicherung oder ein Fetzen Papier werden soll.

Was bedeuten die Schandzölle für die Bourgeoisie?

An den geplanten Fleischzöllen werden verdienen:

Viehhändler an der automatischen Verteuerung des inländischen Fleisches	15 Mill. S
Fiskus an dem Zoll für importiertes Fleisch	18 „ „
Fleischhändler die ihrerseits entsprechend zuschlagen werden (sie künden bereits die Erhöhung des Fleischpreises um 1 Schilling) mindestens	40 „ „
Großagrariar und Fiskus am Zoll für Getreide und Mehl	42 „ „
Mehlhändler und Brotfabriken die ihrerseits zuschlagen werden mindestens	10 „ „
Gesamtbourgeoisie	125 Mill. S

Und dazu kommen noch die Gewinne bei den übrigen Lebensmitteln, die sich automatisch am selben Ausmaß verteuern.

Was bedeuten die Schandzölle für die Werktätigen?

Verteuerung an Brot, Mehl und Fleisch 125 Millionen Schillinge.

Verteuerung sämtlicher Lebensmittel, Sinken des Realwertes der Löhne um 10—20%

Sinken des Realwertes der Arbeitslosenunterstützung um 20—40%

Sinken der Konsumkraft — Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Steigen der Tuberkulose, des Elends, des Hungers und schließlich — Steigen der faszistischen Gefahr, die im selben Ausmaß zunimmt, wie die Verzweiflung der Massen, denen der Weg des Klassenkampfes nicht gewiesen wird, steigt!

Keinen Groschen Zollerhöhung!

Weg mit dem Zoll-Attentat!

Die „arme“ Kirche und das „schlemmende“ Volk!

In Niederösterreich gibt es zirka 100—120.000 Kleinbauern mit einem Grundbesitz von weniger als ein Hektar. Der Besitz der Kirche beträgt ungefähr 80.000 Hektar. Die Chorherrenstifte Klosterneuburg, Geras, Herzogenburg besitzen allein 11.000 Hektar, die Benediktinerstifte Göttweig, Schotten, Altenburg, Melk und Seitenstätten zusammen mehr als 14.500 Hektar, die Zisterzienserstifte Lilienfeld, Neukloster, Zwettl, Heiligenbrunn zusammen 25.000 Hektar, der niederösterreichische Religionsfond besitzt 1924 Hektar und das Erzbistum Wien 3262 Hektar. Außerdem besitzt die Kirche in Niederösterreich eine ganze Anzahl von Schlössern, Meierhöfen, Fabriken, Sägewerke usw.

Der Personalstand der Kirche betrug zirka 6700 Geistliche (einschließlich Novizen, Laienbrüdern usw.).

60.000 Hektar Boden würden gerade ausreichen, um den 100.000 Bauern mit weniger als einem Hektar zu helfen!

In Oberösterreich besitzt die Kirche ca. 60.000 Hektar Grund, 30.000 Kleinbauern dagegen weniger als einen Halb-Hektar. So besitzt das Kloster St. Florian fast 1000 Hektar, Lambach zirka 1200 Hektar, Wilhering 1500, Schläggel nicht weniger als 6700 und Kremsmünster sogar 9500 Hektar, der Religionsfond 34.000 Hektar. Der Personalstand der Kirche betrug 2600.

Der Besitz des Religionsfondes allein würde genügen, das Los der 30.000 landarmen Bauern zu verbessern.

Die Kirche in Steiermark besitzt nicht weniger als 125.000 Hektar Grund. Von diesem Besitz entfallen mehr als 90 Prozent auf Stifte und Klöster, weniger als 10 Prozent auf zirka 1800 Pfarreien. Das Stift Admont besitzt allein mehr als 40.000 Hektar, der steirische Religionsfond 31.000 Hektar, das Bistum Laibach 12.000 Hektar, das Benediktinerstift St. Lambrecht 17.000 Hektar, das Chorherrenstift Vornau mehr als 4000 Hektar, das Bistum Gurk fast 3000, das Zisterzienserstift Rein 2000, das Erzbistum Wien 1650 Hektar.

In Salzburg besitzt die Kirche ca. 3500 Hektar Grund.

Bei allen Daten, die hier angeführt wurden, sind die ungeheuren Schätze der Kirche, Gold, Silber, Kunstschätze, Juwelen, deren Wert teilweise unschätzbar ist, nicht berücksichtigt; es fehlen z. B. sämtliche Angaben über den riesigen Besitz der Kirchen an Wertpapieren und selbst die Angaben über den Kirchengroßgrundbesitz sind unvollständig, vor allem fehlen sämtliche Angaben über den Grund- und sonstigen Besitz der tausenden Pfarreien.

Dazu kommt noch das Kirchenvermögen in Tirol, Kärnten, Burgenland, Vorarlberg und in — Wien.

Auf der anderen Seite aber gibt es in Oesterreich an die 300.000 landarme Bauern, gibt es 300.000 Arbeitslose in den Städten, allein 17.947 Arbeitslose mit mehr als 50 Jahren, die verhungern müssen, wenn die Unterstützung abläuft und 40.000 ausgesteuerte Arbeitslose, deren Elend unbeschreiblich ist.

In Mexiko, wo das Elend der Bauern und Arbeiter keineswegs so groß ist wie bei uns, hat eine bürgerlich-radikale Regierung, trotz der Drohungen der Vereinigten Staaten und des bewaffneten Widerstandes des Klerus, die Enteignung des Kirchenvermögens durchgeführt. Was Josef II. anstrebte, was in Mexiko durchgeführt wurde, das soll in unserem Lande mit den relativ größten Arbeiterorganisationen der Welt unmöglich sein?

Was geht da vor?

Es scheint, als ob Herr Seipel plant, den Ausgang der kommenden Wahlen, sofern dieser seinen Wünschen nicht entsprechen sollte, mit Gewalt zu korrigieren. Der Marsch nach Wien... das ist seit einigen Tagen das Schlagwort der Frontkämpfer und Heimwehren in der Provinz, das ist die Parole, unter der sie für den 6. März zur Demonstration aller reaktionären Organisationen aufrufen.

Der Generalissimus der Konterrevolution Herr Seidle ist in Wien. In seiner Begleitung — Herr Pabst, der Befehlshaber des Edenhofes im Jahre 1919, als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden! Herr Pabst der Organisator des Kappputsches, Herr Seidle, der Generalissimus der Heimwehren in Wien? Was geht da vor?

Werden die Bauern gegen eine Enteignung der Kirchengüter sein?

Wie sich jeder einzelne Bauer zur Frage der Enteignung der Kirchengüter verhalten wird, kann natürlich kein Mensch voraussagen. Aber wie sich die einzelnen Schichten der Bauernschaft zu dieser Frage verhalten werden, kann man schon mit großer Wahrscheinlichkeit im vorhinein feststellen.

Die reichen Großbauern werden mit allen Mitteln gegen eine Enteignung der Kirchengüter sein, denn ihre Interessen sind aufs engste mit denen der Bourgeoisie verknüpft und sie wissen genau, daß eine Schwächung der kirchlichen Macht eine Schwächung der Bourgeoisie bedeutet, die in ihrer Auswirkung die Vorherrschaft der Großbauernschaft auf dem Lande ins Wanken bringt. Bei den Mittelbauern muß man vor allem mit der Möglichkeit rechnen, daß das wirtschaftliche Interesse von religiösen Vorurteilen in den Hintergrund geschoben werden kann; dagegen steht außer Zweifel, daß der Kleinbauer, das Landarme und landlose Proletariat vorbehaltlos für eine Enteignung des Kirchenbesitzes eintreten werden.

Wie sich der Mittelbauer beim Volksbegehren für eine entschädigungslose Enteignung des Kirchenbesitzes verhalten wird; dafür ist es von großer Bedeutung, ob der Bauer sich in Gebieten, wo die Kirche ausgedehnte Besitzungen hat, befindet: in Gegenden, wo der Mittelbauer am eigenen Leibe erfahren hat, daß die Kirche ein skrupelloser, kapitalistischer Großgrundbesitzer ist, daß Klöster und Stifte als Grundherren sich in nichts von den anderen Grundherren unterscheiden, wird der Mittelbauer auch mit aller Energie für eine Enteignung der Kirche und für die Aufteilung des so gewonnenen Bodens sein. In Bezirken dagegen, wo der Mittelbauer noch nicht die Erfahrung hat, daß Kirche und Kapital eine heilige Zweieinigkeit sind, kann der Mittelbauer der Agitation der Geistlichen erliegen, ein Gegner der Enteignung werden; zumindest muß man aber damit rechnen, daß er sich passiv verhalten wird. Wenn schon nicht der Mittelbauer dieser Gegenden für uns gewonnen werden kann, so kann und muß aber der landarme Bauer auch der Gegenden, wo es keine kirchlichen Besitzungen gibt, in einen aktiven Kämpfer für eine Enteignung der Kirche verwandelt werden, was durch gute, zielbewußte Agitation erreichbar ist.

In der Frage des Verhaltens der Bauernschaft zu unserer Forderung sind wir ja auch nicht mehr auf rein theoretische Erwägungen angewiesen. Wir wissen genau, wie sich die einzelnen Schichten des russischen Bauerntums bei der Enteignung der russischen Kirche (die zwar Hand in Hand mit der Enteignung des Großgrundbesitzes überhaupt ging) verhalten hat. Der russische Bauer war (und ist teilweise noch) viel religiöser als der österreichische und stand ganz unter dem Einfluß des Popen. Und doch gelang es der russischen kommunistischen Partei, die Landarmen und mittleren Bauern auch für die

Enteignung der Kirche zu gewinnen. Lenin kannte den russischen Bauer gut und wußte, daß er bei aller Religiosität doch ein äußerst real denkender Mensch ist. Und womit Lenin rechnete, das trat auch ein: der Einfluß der russischen Kirche hörte in dem Moment auf, als der russische Kleinbauer die Möglichkeit sah, zu Land zu kommen, wenn auch durch die große Sünde einer Enteignung der Kirche oder des Zaren (der oberstes Kirchenhaupt war) oder sonst eines Großgrundbesitzers. » Das Hemd ist dem Leibe näher als der Rock « sagt ein Sprichwort und der Bauer übersetzte es sich so: » Wenn ich mehr Boden haben werde, kann ich sorgenfreier leben — mag der Pope oder Mönch oder Fürst meinewegen hungern «. Und nahm den Boden in Besitz.

Welcher Wirklichkeitssinn den russischen Bauern erfüllt, wurde so recht klar, als die Sowjetmacht die Kirchen als Privatgesellschaften erklärte, für deren Erhaltung die Gläubigen aufzukommen haben. Als es galt, Popen und Kirche durch Geld, Lebensmittel etc. zu erhalten, erkannte der Bauer plötzlich, daß er auch ohne Kirche und Popen leben könne. » Der Pope hält nur um des Geldes willen den Gottesdienst ab; aber wenn die Sache so steht, mag er sich kümmern, woher er etwas bekommt. Ich habe für mich selbst zu wenig «, so urteilte der russische Kleinbauer und schickte den sammelnden Popen zum Teufel. Der religiöse, ganz unter dem Einfluß des Popen stehende russische Klein- und Mittelbauer sagte sich sofort von der Kirche los, als die Frage des Glaubensbekenntnisses eine Frage des Geldbeutels wurde. Nur bei den Kulaken (Großbauern) findet der Pope noch Stütze, den jener weiß, was der Pope als Unterdrückungsfaktor bedeutet hat und — so hofft der Kulak — vielleicht noch bedeuten kann.

Und was vom russischen Kleinbauern gilt, soll das nicht vom österreichischen gelten? Dieser wird genau so real denken wie sein russischer Bruder; wenn er sieht, daß er auf Kosten der Kirche seinen Landbesitz vergrößern kann, wird er zugreifen. Aber andererseits wird auch der österreichische Großbauer die Pfaffen gegen alle jene schützen, die sich am » rechtmäßigen Eigentum « der Kirche vergreifen wollen und — wie er mit Recht fürchtet — sich später des Bodens der Großbauernschaft bemächtigen könnten.

Der Kleinbauer und das landarme Proletariat werden Bundesgenossen der städtischen Arbeiterschaft sein, wenn es zu einer Enteignung des Kirchenvermögens kommt, das heißt, wenn nicht die Mehrheit, so doch eine ganz bedeutende Minderheit der ländlichen Bevölkerung, die mit dem Proletariat der Städte die Mehrheit der gesamten Landesbevölkerung bildet. Der Mittelbauer wird teils für, teils gegen eine Enteignung sein, teilweise wird er sich passiv verhalten. Und nur der reiche Großbauer, ein ländlicher Unternehmer, wird ein entschiedener, zu allem bereiter Bundesgenosse der kapitalistischen Regierung und der Kirchenfürsten in ihrem Kampf gegen das städtische und ländliche Proletariat, gegen die landarme Bauernschaft sein.

Der Verlauf unserer Kampagne.

Die von der Opposition in der Kom. Partei organisierte Kampagne nimmt einen über alle Erwartungen günstigen Verlauf. Nach einer Reihe Massenversammlungen haben nun in Wien die kleinen öffentlichen Versammlungen begonnen; an der Spitze marschiert Floridsdorf, da bereits die Organisation ihre sechste Versammlung vorbereitet. In den nächsten Wochen werden in allen Wiener Arbeiterbezirken alle 8 bis 10 Tage kleinere öffentliche Versammlungen stattfinden.

Überaus bezeichnend sind die durchschlagenden Erfolge in der Provinz. Stürmischer Beifall unterbrach in Hainburg die Ausführungen der Referenten; mehr als 300 Personen waren erschienen. Unsere kleine, aktive Ortsgruppe ist seit einigen Wochen um 50 Gnossen gewachsen. Zu einer großen Kundgebung gestaltete sich die für den 21. Februar einberufene Massenversammlung in Graz, in den Annensälen. Mit verzweifelter Energie hatte schon Tage vorher ein kleiner Trupp von Wirrköpfen unter der Führung eines Jugendlichen versucht, die Vorbereitung zu dieser Versammlung durch Abreißen der Plakate, Drohungen beim Wirt und mit der Drohung die Versammlung zu sprengen, zu vereiteln. Alle diese Anstrengungen blieben naturgemäß erfolglos und bewirkten nur, als die Versammlung von derartig unproletarischen, bühischen Versuchen erfuhr, eine stürmische Ablehnung solcher Methoden in der Arbeiterbewegung. Die Grazer Organisation, die größte Parteiorganisation außerhalb Wiens, hat mit dieser Versammlung neuerdings bewiesen, wie tief sie in der Arbeiterschaft von Graz, insbesondere in den Großbetrieben, verwurzelt ist. Auch in der Provinz werden im Monat März eine ganze Reihe von großen Versammlungen stattfinden, denen dann eine Reihe Kleinbauernversammlungen folgen werden.

Leset und verbreitet die ARBEITERSTIMME!

Briefkasten.

R. T. Stadlau, Wir konnten leider Deinen ausgezeichneten Artikel nicht bringen, weil wir nur in äußerst dringenden Fällen parteiinterne Angelegenheiten in der „Arbeiter-Stimme“ veröffentlichen; jedenfalls hast Du tausendmal recht, wenn du diesen berüchtigten Artikel vom Politbüro in der Inkorr. vom 18. Jänner 1927 zitiertest und die Entstellungen des ZK als ein „Atentat auf die Gehirne der ehrlichen Arbeiter“ bezeichnest. Wenn es in diesem Artikel heißt, daß die Opposition die sozialdemokratische Alleinregierung fordert (!), denn das sei die konkrete Form der Arbeiter- und Bauernregierung für Österreich, so weiß jedes Parteimitglied, daß das Politbüro mit solchen Artikeln die Komintern neuerlich schamlos belügt und wir wundern uns gar nicht bei solchen Informationen über das Telegramm des Ekki. Wir werden lange brauchen, bis wir die Lügenmauer zwischen Wien und Moskau durchbrechen.

Eigentümer: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 286. — (Im Auftrag der Opposition in der Kom. Partei, Sektion der dritten Internationale) — Herausgeber und Verleger: Hans Thoma, II., Noraragasse 24/22. — Verantwortlicher Redakteur: Kurt Landau, XVIII., Vincenzgasse 24. — Druck: Buch- u. Kunstdruckerei „Donau“ III., Custozzagasse 8.

Sie kämpfen schon!

Von Leopold Stiff.

Vielleicht gar für die Altersversicherung? Ja natürlich. Du glaubst es nicht Prolet? Hör dir mal die Versammlungen an oder lese dir so die Zeitungen durch und du wirst Vieles, ja sogar sehr Vieles von der endlichen Beschlußfassung des Gesetzes über die Altersversicherung im Nationalrat hören. Das erstmal? O nein! Schon viele, viele Jahre spricht man schreibt man davon, aber am meisten immer dann, wenn am Vorabend einer großen Wahlschlacht die Parteien, nach einer in Brüche gegangenen Schacher- oder Kompromiß - Politik Umgruppierungen vornehmen, um mit neuen Methoden die alten Formen des Schacherns, Versprechens und Packelns fortsetzen zu können.

Bei derartigen feierlichen (!) Anlässen der Truppenchau, des Front abgehens, am Vorabend einer derartigen Schlacht, verwendet man immer die geschliffensten und bestbewährtesten Tricks, um die großen werktätigen Wählermassen für sich zu gewinnen. Da blasen sich die einen auf, wie die Frösche, gehärdet sich als ob sie zum Aeußersten entschlossen wären, gestikulieren wild mit den Händen in den Versammlungen und sprechen nur vom Sturz der Regierung. Heraus mit der Altersversicherung oder Auflösung des Parlaments! so summt und brummt es einem lange nach einer solchen Versammlung in den Ohren. Die anderen wieder sitzen, verhandeln, verhandeln wie die geriebensten Makler, dann brechen sie zur Abwechslung wieder einmal die Verhandlung

gen ab, mobilisieren die großen Massen der Werktätigen, hundertaufende Flugblätter schwirren durch die Straßen, spaltenlange Artikel mit riesigen Lettern fordern: Altersversicherung oder Neuwahlen! Massenhaft kleben Plakate an den Wänden der Häuser und Planken, alles, alles für die Altersversicherung! O nein! sondern? nun es ist nicht schwer zu erraten, einfach zu lösen — für den Stimmzettel.

Das Wahlfever schwindet allmählich wieder, die Wahlschlacht ist geschlagen: Und alles ist beim Alten geblieben.

O verzeihen! Beinahe hätte ich den Herren im Parlament Unrecht getan! Sie kämpfen doch, sie liegen sich sogar oft in den Haaren, aber nicht wegen der angekündigten Altersversicherung aus dem nichts geworden ist, sondern wegen der zur Verteilung gelangenden Ministerportefeuills und dann? — Verhandeln, Kompromißeln, Packeln, bis die alte Parlamentsmaschine pfauchend und pustend in ihrem alten Geleise schön langsam sich wieder vorwärts bewegt. Wohin? Nun bis zur nächsten Station, in welcher der Zeit und den Umständen entsprechend, neue Arten und Formen der Wahlreklame ausgeklügelt werden.

Der Prolet aber wird, wenn nicht Not oder Krankheit ihn frühzeitig dahintrafft, allmählich alt und grau, für den Arbeitsmarkt unbrauchbar, er geht klopfen von Fabrik zu Fabrik, doch vergebens. » Wir benötigen nur junge Arbeitskräfte! « so schnauzt man ihn an.

Die Fabriken, in denen er sich jahrzehntelang gerackert hat und in denen er seine Jugend, die ganze Gesundheit und Arbeitskraft gelassen hat, sie bleiben ihm für immer verschlossen.

Was dann? Bäckenhäusl, so nennen die Wiener, Pfirndnerhaus, so die in den Dörfern. Nicht selten ist es eine Straßenecke, wo er steht, der gebrochene Greis, in der zitternden Hand einen Hut, bittend um Almosen. Gar oft aber für immer versorgt in den Welken der Donau, entledigt jeder Sorge und Kummers.

So schließen Menschen mit ihrem Leben ab, die ihr ganzes Leben lang, von früh morgens bis spät abends ihr einziges Vermögen, das sie besaßen, die Arbeitskraft jenen gegeben, die nichts arbeiten, dafür aber Fabriken, Häuser, Schlößer, Aecker, Wald und Wiesen besitzen oder als Kuttenbrüder verkleidet mit gemähten Wämsen von der Kanzel herab die christliche Nächstenliebe predigen.

Und die, für welche sie jahrzehntelang zur Wahlurne schritten und die unterdessen ebenfalls alt und grauköpfig geworden sind, kommen die auch ins Bäckenhäusl? Niemand glaubts! Die Altersversicherung — die lang verheißene Altersversicherung — wird sie endlich kommen? O ja Proleten! Aber erst dann, wenn die großen Massen der Ausgebeuteten erkennen werden, daß nicht der Stimmzettel oder die Versprechungen, sondern in erster Linie die eigene Kraft und Macht der gesamten Arbeiterklasse die Entscheidung herbeiführen!